

027

September 2012

Info-Teaser für Aktive

JUNGE IMPULSE

Jugendpolitische Umfeldbeobachtungen

Junge Politik

Proteste in Südeuropa: Hunderttausende gegen Spardiktate

Nachdem es über die Sommermonate vergleichsweise ruhig war, flammen die Proteste gegen die Sparpolitik der Regierungen in Südeuropa mit dem Ende der politischen Sommerpause wieder auf. So gehen die Menschen nicht nur in Athen anlässlich des Besuchs von Bundeskanzlerin Merkel auf die Straße, auch in Spanien und Portugal gehen die Proteste gegen die Spardiktate der so genannten Troika aus Europäischer Union, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank weiter. In Spanien gab es in 57 Städten Demonstrationen gegen den von der konservativen Regierung verabschiedeten Sparhaushalt, die von einer breiten gesellschaftlichen Koalition getragen wurden. Die Regierung in Lissabon hat nach massiven Protesten gar ihre Pläne revidiert, die Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung zu erhöhen. Auch in Griechenland gingen Tausende Menschen vor und während des Besuchs von Angela Merkel auf die Straßen der weitgehend abgesperrten Athener Innenstadt. → Weiter...

Krise in Griechenland: Athen drohen Weimarer Zustände

Griechenlands Regierungschef Antonis Samaras hat mit dramatischen Worten vor einem Scheitern seiner Regierung gewarnt. Der soziale Zusammenhalt in Griechenland sei in ähnlichem Ausmaß gefährdet, wie es in Deutschland zum Ende der Weimarer Republik gewesen sei, so Samaras. Die Gesellschaft sei akut bedroht "durch etwas, das es in unserem Land noch nie zuvor gegeben hat: den Aufstieg einer

rechtsextremistischen, man könnte auch sagen faschistischen, Neonazi-Partei", hieß es. Gemeint war damit die Partei Goldene Morgenröte ("Chryssi Avgi"), die seit der Wahl im Juni mit 18 Abgeordneten im Parlament vertreten ist. Griechenland hat als Folge der Sparpolitik mit wachsender Arbeitslosigkeit und einem dramatischen Anstieg der Armut zu kämpfen. → Weiter...

Bundestagswahlen 2013: Politikwechsel für die Beschäftigten

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat ein Jahr vor der Bundestagswahl 2013 einen Politikwechsel im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefordert. Im Zentrum der Forderungen stehen eine Neuordnung der Arbeit, die nachhaltige und solidarisch finanzierte Stärkung der Alterssicherung und eine soziale und demokratische Ausgestaltung der Europäischen Union. Man wolle ein Europa, in dem die Menschen "in Würde arbeiten und leben können", hieß es in dem Beschluss. Damit greift der DGB die zentrale Forderung der Gewerkschaften nach einer Abkehr von der gegenwärtigen, von neoliberaler Ideologie geprägten Politik auf. Auch die IG Metall wird Anfang Dezember eine Konferenz unter dem Titel "Kurswechsel für ein gutes Leben" in Berlin veranstalten. Dort sollen ein neuer Fortschrittsbegriff für Industriegesellschaften und alternative Entwicklungspfade mit Menschen aus Politik, Wissenschaft, Umweltverbänden und Wirtschaft diskutiert werden. → Weiter... und → Weiter...

Prekärer Arbeitsmarkt: Nebenjobs nehmen weiter zu

Immer mehr Menschen müssen sich neben dem Hauptberuf noch etwas hinzu verdienen. Das zeigt ein Bericht der Bundesagentur für Arbeit (BA). Hatte der Anteil der Neben-

027

Info-Teaser für Aktive



jobber unter Männern und Frauen mit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Jahr 2003 mit 1,157 Millionen lediglich bei 4,3 Prozent gelegen, seien es 2011 bereits 2,5 Millionen oder 8,8 Prozent gewesen, damit habe sich die Zahl der Nebenjobber in den letzten 8 Jahren mehr als verdoppelt. Das Bundesarbeitsministerium sieht indes kein Problem, es gebe schließlich "keinen empirischen Beleg" dafür, dass materielle Not die Betroffenen zusätzlich in Minijobs zwingt, sagte ein Sprecher. In Deutschland arbeiten rund 7 Millionen Menschen in so genannten Minijobs, wo sie bis 400 Euro monatlich steuerfrei verdienen können. [Weiter...](#)

Junge Gesellschaft

Flüchtlingsproteste:

Wanderung von Würzburg nach Berlin

Mit einer 600 Kilometer langen Wanderung vom fränkischen Würzburg in die Berliner Innenstadt haben etwa 20 Asylanten und Asylbewerberinnen gegen die schwierigen Lebensbedingungen protestiert, die Flüchtlingen in Deutschland zugemutet werden. Der Tross war auf Initiative des Iraners Mohammad Kalali am 8. September in Würzburg aufgebrochen und knapp vier Wochen später in Berlin-Kreuzberg angekommen. Die Aktivisten wenden sich gegen Einschränkungen wie die Residenzpflicht, Arbeitsverbote, das Asylbewerberleistungsgesetz und die Unterbringung in oftmals baufälligen Wohnheimen auf dem platten Land. Für Georg Classen, Sprecher des Flüchtlingsrates Berlin ist "der Protestmarsch ein mutiges Zeichen gegen die Ausgrenzung, Isolierung und Entrechtung von Flüchtlingen in Deutschland." Die Flüchtlinge organisierten sich selbst und forderten ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben in Sicherheit und Würde. Abschluss der Aktion war eine Demonstration am 13. Oktober vor dem Bundestag in Berlin.

[Weiter...](#) und [Weiter...](#)

Bündnis "Dresden Nazifrei":

Auch 2013 gilt: Kein Fußbreit den Faschisten

Nach der erfolgreichen Blockade der Nazi-Aufmärsche in der Dresdner Innenstadt, an denen in den letzten beiden Jahren mehrere zehntausend Menschen teilgenommen hatten, soll der braune Spuk auch 2013 wieder verhindert werden. Um ein weiteres Mal erfolgreich mobilisieren zu können, rief das Bündnis "Nazifrei – Dresden stellt sich quer" zu einer Aktivierungskonferenz am 12. und 13. Oktober in Dresden auf. Die geplanten rechtsradikalen Aufmärsche sollten an den Jahrestag der Bombardierung Dresdens

durch alliierte Luftstreitkräfte vom 13.-15. Februar 1945 erinnern. Das Bündnis Nazifrei wendet sich seit 2009 erfolgreich gegen jede Form von Geschichtsrevisionismus. Alten und neuen Nazis dürfe keine Gelegenheit gegeben werden, die deutsche Geschichte zu verklären und NS-Verbrechen zu verherrlichen, hieß es. [Weiter...](#)

JAV-Wahlen 2012:

Starke Tools im Netz

In den nächsten Wochen ist es wieder soweit. In vielen Betrieben und Unternehmen in ganz Deutschland werden im Oktober die neuen Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAVen) gewählt. Um die Wahl vor Ort vorbereiten und durchführen zu können, haben die Jugendorganisationen der DGB-Gewerkschaften gemeinsam digitale Werkzeuge zur Unterstützung der Wahlen vorbereitet und auf dem gemeinsamen JAV-Portal zum Download bereitgestellt. So lassen sich etwa mit dem Plakatgenerator im Handumdrehen professionelle Plakate erstellen, der JAV-Wahlhelfer 2.0 kann viel lästigen Papierkram übernehmen und füllt alle nötigen Vordrucke und Formulare automatisch aus. Gerade für Last-Minute-Aktionen ist diese Form der zeitsparenden Online-Unterstützung optimal. Das JAV-Portal der Gewerkschaftsjugend bietet wichtige Tipps und Infos rund um die JAV-Arbeit, Erfolgsgeschichten und die wichtigsten Gesetze in klarer und verständlicher Form. Jüngstes Highlight ist ein Film anlässlich der aktuellen Wahlen, in dem Jugendvertreter aus Betrieben im ganzen Land über ihre Arbeit in der JAV berichten. [Weiter...](#) und [Weiter...](#)

Debatte um Europa:

Eine Preisverleihung aus Verzweiflung

Die diesjährige Verleihung der Nobelpreise brachte eine Überraschung: Mitten in der größten Krise ihrer Geschichte hat die Europäische Union den Friedensnobelpreis für die historische Leistung erhalten, 60 Jahre lang maßgeblich zur friedlichen Entwicklung auf dem europäischen Kontinent beigetragen zu haben, so das Nobelpreis-Komitee in Oslo in der Begründung. Während Politiker der etablierten Parteien die Wahl des Osloer Komitees erwartungsgemäß lobten und sich im Glanz der Auszeichnung sonnen wollten, äußerten sich auch kritische Stimmen, die die Preisverleihung als Warnschuß in letzter Minute sahen. Seit dem Ausbruch der Euro-Krise hat die EU mit einem massiven Vertrauensverlust in den meisten Mitgliedsländern zu kämpfen, nun ist eine neue Debatte über die Zukunft und die künftige politische Ausrichtung Europas entbrannt. Auch die IG Metall fordert einen Kurswechsel in der Politik der EU. [Weiter...](#), [Weiter...](#) und [Weiter...](#)

027

Info-Teaser für Aktive



Junges Leben

Neues Buch I:

"Neue Nazis" jenseits der NPD

Während die Mehrheit beim Stichwort Neonazi noch immer an Glatze und Springerstiefel denkt, hat sich das tatsächliche Erscheinungsbild der Szene in den letzten Jahren radikal gewandelt. Das Buch "Neue Nazis. Jenseits der NPD" der Autoren Toralf Staud und Johannes Radke analysiert diesen Wandel und stellt dabei insbesondere zwei Entwicklungen heraus. Einerseits steht die Gruppe der Rechtspopulisten, die sich bieder und bürgernah gibt, gerne als "Islamkritiker" vor angeblicher "Überfremdung" durch muslimische Zuwanderer warnt und populistischen Forderungen wie etwa einer Rückkehr zur D-Mark oder harten Strafen für Pädophile das Wort redet. Auf der anderen Seite stehen die extrem gewaltbereiten "Autonomen Nationalisten" (AN), die sich im Auftreten an linksautonomen Gruppen orientieren. Diese "üben gezielt und geplant Gewalt aus, sammeln private Daten von politischen Gegnern und wirken gleichzeitig mit ihrem modernen Äußeren anziehend auf Jugendliche", so Toralf Staud. Das Buch ist ein wertvoller Beitrag zur Diskussion um die Entwicklung der rechten Szene und bestätigt, dass von den "AN" eine wachsende Gefahr ausgeht, die von der Politik noch zu selten erkannt wird. → [Weiter...](#)

Neues Buch II:

"Neukölln ist überall"

"Zoff auf den Straßen, hohe Arbeitslosigkeit, Überfremdungsängste bei der einheimischen Bevölkerung" – das sind laut Bürgermeister Heinz Buschkowsky die Themen, die den Alltag im Berliner Bezirk Neukölln prägen. Mit diesen wenigen Worten ist aber nicht nur der Inhalt des Buches "Neukölln ist überall" umrissen – sondern auch ein bekanntes Problem. Denn der Neuköllner Bürgermeister haut auch dieses Mal gewaltig auf den Putz und scheut dabei auch vor populistischen Aussagen und Begriffen nicht zurück. So distanziert er sich zwar eindeutig von den rassistischen Aussagen seines Parteikollegen Sarazzin, bedient sich aber selbst rechter Begriffe wie "Überfremdung". Trotzdem: Buschkowsky ist kein Rassist, das Buch behauptet nicht die biologische Überlegenheit der Deutschen sondern ist ein Plädoyer für mehr Bildung als Voraussetzung für eine gerechte Gesellschaft. Dass Buschkowsky dabei auch eine Lanze für den regelverliebten Kleinbürger bricht, sollte einem Sozialdemokraten gestattet sein und ist kein Nachweis für eine rechtsextreme Gesinnung. → [Weiter...](#)

Neu im Kino: "On the Road"

Jack Kerouacs 1957 erschienener Roman "On the Road" gilt als der Schlüsselroman der Beat-Generation, die in den USA das popkulturelle Leben nach dem Zweiten Weltkrieg prägte. Basierend auf dem lange als unverfilmbar geltenden Kultroman erzählt der gleichnamige, jetzt erschienene Film von der ungewöhnlichen Freundschaft zweier junger Männer, die sich gemeinsam auf eine abenteuerliche Reise quer durch die USA der später 1940er-Jahre begeben. Dabei sind sie mal Landstreicher und Gangster, mal Tagelöhner und Touristen – und immer auf der Suche nach dem nächsten Kick, nach der wilden Orgie, dem hemmungslosen Rausch oder dem freien Sex in allen denkbaren Konstellationen. Alle Figuren des Films und des Romans sind Zeitgenossen des Autors nachempfunden, der sich zeitlebens eine Verfilmung wünschte. Der nun realisierte Film kommt jedoch über weite Strecken daher wie ein Hochglanz-Clip, dessen hübsche Bilder nicht an ihr eigentlich so spannendes Thema herankommen. Die Darsteller sind zu fotogen, die Bilder zu grobkörnig, die Inszenierung zu berechnend. Nichtsdestotrotz bleibt der Film ein netter Clip über eine Zeit, in der die Autos noch groß und die Straßen stets frei waren. → [Weiter...](#)

Am Ende

Missverständnis:

Deutschland ist doch nicht ungerecht

Gute Nachrichten für alle, die noch immer glauben, in Deutschland laufe irgendetwas ungerecht: Das stimmt nicht! Im Gegenteil: Heute ist es viel gerechter als noch vor ein paar Jahren. Um das zu verstehen, muss man nur den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung so lesen, wie das die Frau Merkel tut: Dann stehen "wir, also alle zusammen, besser da". Tatsächlich ist heute viel mehr Geld im Land als vor ein paar Jahren. Es ist halt ein bisschen anders verteilt, aber wer will denn schon Gott spielen und sagen, was jetzt gerecht und was ungerecht ist. Merkel will das als gute Pastorentochter natürlich nicht. Auch die ewigen Neidhammel in den Hochhausghettos und die Hartz-IV-Schmarotzer sollten sich lieber mal freuen für ihre reichen Mitbürger. Ganz besonders aber gilt das für die "Mittelschicht". Die sollten sich ein Beispiel an den den Armen nehmen und endlich mal lernen, von ihrem Riesengehalt was abzugeben. Sonst muss Frau Merkel am Ende noch → [weitere Sparmaßnahmen beschließen](#)